

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Wird die Liechtensteinische Landesbank teilprivatisiert?

Der Landtag hat in seiner bevorstehenden Sitzung über die Schaffung eines neuen Landesbank-Gesetzes zu befinden

(M.) - In seiner Sitzung vom kommenden Mittwoch und Donnerstag hat sich der Landtag unter anderem mit der Schaffung eines Gesetzes über die Liechtensteinische Landesbank zu befassen. Gemäss der Gesetzesvorlage soll die Landesbank durch Umwandlung in eine Aktiengesellschaft teilprivatisiert werden. Das Aktienkapital von 280 Mio. Franken soll zumindest zu 51 Prozent vom Land Liechtenstein gehalten werden, welches die Staatsgarantie künftig auf Spareinlagen und Kassenobligationen beschränken soll, was allerdings im Zuge der Vernehmlassung unter Hinweis auf Wettbewerbsgleichheit teils kritisiert wurde.

Durch das neue Landesbank-Gesetz soll das Land von überdurchschnittlichen Kapitalerhöhungen der Landesbank entlastet werden, denn erst im Oktober 1990 hatte der Landtag einer Erhöhung des Dotationskapitals um 30 auf nunmehr 160 Mio. Fr. zugestimmt. Neben der Frage der Mittelbeschaffung ging es der Regierung auch um die grundsätzliche Festlegung der künftigen Strukturen der Landesbank. Eine Neufassung dieses Gesetzes wurde auch aufgrund der Revision des Gesetzes über Banken und Sparkassen als notwendig erachtet.

Volkswirtschaftlicher Hintergrund

Als zentrale Begründung des Antrags wird auch die veränderte volkswirtschaft-

liche Bedeutung der Landesbank erwähnt. Die Gründung im letzten Jahrhundert als Staatsinstitut mit uneingeschränkter Staatsgarantie bildete damals eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Heute haben sich die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen in einer Art geändert, dass das Engagement des Staates nicht mehr die gleiche Bedeutung hat.

Mit der Teilprivatisierung soll einheimischen Kapitalanlegern wieder eine der wenigen Möglichkeiten geboten werden, in Unternehmungen in Liechtenstein investieren zu können. Andererseits soll die Mehrheitsbeteiligung des Staates weiterhin Gewähr bieten, dass Zielsetzung und Charakter der Landesbank auch unter den veränderten Bedingungen erhalten bleiben. Die Landesbank soll sich weiterhin ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung bewusst sein und unter anderem auch inskünftig Gewähr bieten für «angemessene Hypothekenzinsen».

Umwandlung in eine AG

Die Vorlage sieht die Umwandlung der Landesbank in eine Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 280 Mio. Franken vor. Eine Erhöhung des Partizipationskapitals wurde zum derzeitigen Zeitpunkt als nicht günstig eingestuft, da die Nachfrage nach PS nicht mehr so gross ist wie noch vor wenigen Jahren.

Das vorgesehene Aktienkapital wird in 1 120 000 auf den Inhaber lautende Aktien zum Nennwert von 250 Franken eingeteilt. Um der Forderung gerecht zu werden, weiterhin «Landesinstitut» zu sein, soll der Staat vorerst 57 Prozent (160 Mio. Franken) des Aktienkapitals inne haben. 100 Mio. Franken sollen zur freien Zeichnung freigegeben werden, während 20 Mio. Franken den PS-Inhabern vorbehalten sind. Die PS sollen in Aktien umgewandelt werden. Dadurch sind sämtliche PS-Inhaber, die der Landesbank die Treue gehalten haben, auch bei der Aktienemission vorzugsweise beteiligt.

Eingeschränkte Staatsgarantie

Gemäss Vorlage soll die Staatsgarantie künftig auf Spareinlagen und Kassenobligationen beschränkt werden. Dies entspricht einem HSG-Gutachten, wonach die Staatsgarantie auf jene Kategorien einzuschränken ist, die ein «schutzwürdiges Interesse» aufweisen. Im Vernehmlassungsverfahren wurde diesbezüglich allerdings die Kritik geäussert, dass diese Einschränkung der Staatsgarantie für Sparguthaben und Kassenobligationen unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit der Banken in Liechtenstein nicht mehr zeitgemäss sei. Wenn schon eine liberalere Gesetzesfassung, so wurde

in der Vernehmlassung moniert, dann nicht nur in jenen Bereichen, die der Landesbank zum wirtschaftlichen Vorteil gereiche, sondern dann sollten auch die historisch bedingten Privilegien der Staatsbank im Gesetzesentwurf eliminiert werden.

Ausland-Tochtergesellschaften

Zur Diskussion gestellt wurde in der Vernehmlassung auch der Artikel, wonach die Landesbank inskünftig «in- und ausländische Geschäftsstellen und Tochtergesellschaften errichten» kann. Als durchaus problematisch wird hier die Offenheit für das Ausland erachtet, «weil dieses nicht unerhebliche Unternehmerrisiko durch die Staatsgarantie abzudecken sei».

Neue Strukturen

Die Gesetzesvorlage sieht auch eine teilweise Neuordnung der Strukturen vor. So soll der bisherige Aufsichtsrat entfallen. Die Aufgaben des Aufsichtsrates sollen neu durch die Kontrollstelle und die Bankenaufsicht wahrgenommen werden. Die Landesbank soll neu dem Bankengesetz und damit auch der Bankenaufsicht unterstellt werden. Somit werden der Bankenaufsicht künftig vermehrte Aufsichtspflichten und Kontrollbefugnisse übertragen.

Sport aktuell



Yvonne Elkuch auf Platz 2

Für ein glänzendes Resultat war am Samstag die Radrennfahrerin Yvonne Elkuch besorgt. Beim GP-Tannzapfenland in Oberwangen (TG) belegte die Schellenbergerin (Bild) hinter Luzia Zberg den ausgezeichneten 2. Rang. Das Rennen führte über 75,6 km.

Balzers verlor, Vaduz siegte

Die Fussball-Runde vom Wochenende brachte für Erstligist FC Balzers eine 1:2-Niederlage beim FC Zug. Damit ist die Elf von Trainer Remark auf den zweitletzten Platz abgerutscht. In der 2. Liga kam Leader Vaduz zu einem mühsamen 1:0-Erfolg über Montlingen und liegt weiterhin einen Zähler vor Bad Ragaz, das in Rebstein 4:1 siegreich blieb. Der USV verlor in Niederurnen mit 4:2. In der 3. Liga bleibt Schaan nach dem 3:2-Sieg in Sevelen im Titelrennen.

Squash: Vaduz II steigt auf

Die II. Mannschaft des SRC Vaduz steigt in die 1. Liga auf. Beim Finalturnier in Vaduz schwangen die Gastgeber gestern vor Langnau und St. Gallen oben auf und errangen somit auch den Zweitliga-Meistertitel.

Vorsätze statt klare Vorgaben

New York (spk/dpa) Die Klimakonferenz in New York ist nach tiefgreifenden Auseinandersetzungen mit einem Kompromissvorschlag zu Ende gegangen, der die Umweltschützer bitter enttäuscht hat. Die Konferenzteilnehmer konnten sich bis zum Sonntag morgen nicht auf konkrete Termine für die Reduzierung von Treibhausgasen einigen.

Ein entsprechendes Abkommen war noch vor wenigen Tagen vor allem von den europäischen Regierungen als Grundvoraussetzung für einen Erfolg des Umweltgipfels bezeichnet worden, der offiziell UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung heisst und Anfang Juni in Rio de Janeiro beginnen soll.

Sprecher der internationalen Umweltverbände, die die Konferenz im UNO-Hauptquartier beratend und kritisch verfolgten, verurteilten das Ergebnis, das erst nach eintägiger Verlängerung zustandekam.

Der Text enthält keine bindende Verpflichtung für die UNO-Mitgliedsstaaten, sich an Fristen für eine energische Beganzung der «Treibhausgase» zu halten. Die Delegationen der Europäischen Gemeinschaft hatten in New York versucht, eine bindende Verpflichtung zumindest für Kohlendioxid (CO2) durchzusetzen, das als gefährlichstes dieser Gase gilt.

Muttertag als Vorbote für schönes Frühsommerwetter

In verschiedenen Gemeinden wurden gestern Muttertags-Ständchen dargebracht



Unter anderem mit verschiedenen Muttertags-Ständchen in mehreren Gemeinden unseres Landes wurde gestern der Ehrentag der Mütter musikalisch umrahmt. Unser Bild von gestern zeigt das Ständchen in Vaduz, zu welchem gestern vormittag die Interessengemeinschaft Hoi Vadoz sowie die Harmoniemusik Vaduz eingeladen hatten. Entgegen anderslautender Wetterprognosen tat auch Petrus das Seine zum Gelingen des Festtages. Gemäss der Schweizerischen Meteorologischen Anstalt soll der Muttertag ein Vorbote für das schöne Frühsommerwetter gewesen sein, das nach dem für heute vorausgesagten Zwischentief dann für längere Zeit anhalten soll.

Wieder Streiks in Deutschland?

In Westdeutschland drohen weitere Streiks

Hamburg (spk/dpa) Nach dem Kompromiss um die Lohnerhöhungen für den öffentlichen Dienst Westdeutschlands, drohen in dieser Woche Streiks in den Branchen Metall, Druck und Einzelhandel mit zusammen fast 7 Millionen Beschäftigten. Dies erklärten Sprecher der Gewerkschaften am Wochenende für den Fall, dass die Arbeitgeber ihre Angebote nicht deutlich verbesserten.

Der Vorsitzende der Industrie-Gewerkschaft der Metallarbeiter (IG-Metall), Franz Steinkühler, erklärte am Samstag in Karlsruhe, bei den Verhandlungen für die vier Millionen westdeutschen Metallarbeiter könne es keinen Kompromiss «unter einer Sechs» vor dem Komma geben. Er drohte mit «langen und eisenharten» Streiks.

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Hans-Joachim Gottscholl, sieht keine grosse Chance, einen Arbeitskampf zu verhindern. In einem Rundfunk-Interview verteidigte er am Sonntag das Angebot von 3,3 Prozent mit Hinweis auf den geringen Produktivitätszuwachs in der Metallbranche, der in diesem Jahr voraussichtlich nur zwischen 1,5 und zwei Prozent liegen werde.

Zum Arbeitskampf bereit ist auch die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), falls die Arbeitgeber der 2,7 Millionen Beschäftigten in Westdeutschland bei ihrer Haltung bleiben. Die HBV fordert regional unterschiedlich Festbeträge bis zu 340 Mark oder prozentuale Erhöhungen zwischen 9,0 und 9,5 Prozent.

100 000 Unterschriften gegen FA-18

EMD-Sprecher bezeichnete Sammelergebnis als «eindrücklich»

Zürich (AP) In der Rekordzeit von nur zwölf Tagen hat die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) die erforderlichen 100 000 Unterschriften gegen den Kauf eines neuen Kampfflugzeugs zusammengebracht. Das Volksbegehren soll am 1. Juni mit mindestens 120 000 beglaubigten Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht werden, wie die GSoA mitteilte. EMD-Informationsschef Daniel Eckmann bezeichnete das rasche Zustandekommen der FA-18-Initiative gegenüber Radio DRS als «eindrücklich».

Das bisherige Sammelergebnis ist auch für die Initianten selbst ein «überwältigender Erfolg», wie es in einer am Sonntag veröffentlichten Mitteilung der GSoA heisst. Die Sammlung von zusätzlichen

Unterschriften werde aber mit Elan weitergeführt, so dass am kommenden 1. Juni mindestens 120 000 beglaubigte Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht werden könnten. Die darüber hinaus gesammelten Unterschriften sollen dem beglaubigten Paket als «unbeglaubigte Unterschriften im Sinn einer Petition» beigelegt werden. Insgesamt rechnet die GSoA bis zum Einreichungstermin mit rund 200 000 Unterschriften, die sich gegen den Kauf eines neuen Kampfflugzeugs stellen.

Gegenüber der Sendung «Echo der Zeit» von Radio DRS bezeichnete EMD-Sprecher Daniel Eckmann am Samstag das offensichtliche Zustandekommen der FA-18-Initiative als «eindrückliches Ergebnis».

Flucht Honeckers angeblich verhindert

Berlin (AP) Ein Fluchtversuch des ehemaligen DDR-Staats- und Parteichefs Erich Honecker aus Moskau ist nach einem Bericht der Berliner Zeitung «Kurier» am Sonntag in letzter Minute gescheitert. Die Flucht nach Chile gemeinsam mit seiner Frau Margot sei für den 1. Mai bis in alle Einzelheiten vorbereitet gewesen. Unerwartet seien dann fünf Milizwagen vor dem Tor der chilenischen Botschaft in Moskau aufgefahren seien, schreibt das Blatt.

Wir stellen vor:

Unser Top-Team



Tanja, unser Lehrling

HAUTE COIFFURE FRANÇAISE

Telefon 2 16 15